

Die Zivilgesellschaft beteiligen, die Menschenrechte auf die Agenda setzen

Frauenrechte, Gendergerechtigkeit, UNSCR 1325 (Frauen, Frieden, Sicherheit)

Zeitgleich mit allen Bemühungen, den Krieg zu beenden, soll die Schweiz die Partizipation der Frauen in der Ukraine in allen Entscheidungsprozessen fördern. Gemäss der EDA-Strategie zu Geschlechtergleichstellung und Frauenrechten soll die Schweiz Aktionslinien entwickeln, «die darauf abzielen, die Vertretung von Frauen, ihren Einfluss und ihr politisches Gewicht in der lokalen Regierungsführung, der Dezentralisierung und der Verwaltung öffentlicher Gelder sowie bei Wahlen und Prozessen hin zu einer demokratischen Transition zu stärken». Das heisst auch, dass jetzt alles unternommen werden muss, um für den Wiederaufbau in der Ukraine eine gendergerechte Strategie zu entwickeln und die Zusammenarbeit mit lokalen Frauenorganisationen aufzunehmen. Ihre Stimme soll an der Konferenz Gehör finden.

Frauen in der Ostukraine berichteten bereits in den letzten Jahren von der mangelhaften Grundversorgung vor Ort – insbesondere im Gesundheits- und Bildungsbereich. Zudem hat die Gewalt gegen Frauen seit 2014 rasant zugenommen und die vorhandenen Schutzmechanismen entsprechen in keiner Weise den Anforderungen der UNSCR 1325. Die prekären Situationen ermöglichen den Frauen weder politische Partizipation noch wirtschaftliche Ermächtigung.

Für nachhaltigen Frieden ist die gerechte Beteiligung der Frauen an allen Prozessen zentral. An der Konferenz muss ebenso diskutiert werden, wie der Schutz vor Gewalt – während und insbesondere nach dem Krieg – gesichert und die wirtschaftliche und soziale Situation der Frauen im Osten der Ukraine gestärkt werden kann. Wir fordern den Bundesrat auf, diesen Themen unter Beteiligung von ukrainischen und russischen Friedensaktivistinnen an der Konferenz den nötigen Raum zu geben.

Aufklärung der Verbrechen und Gerechtigkeit für die Opfer

Im Ukraine-Konflikt werden massenhaft nach internationalem Recht strafbare Verbrechen begangen. Darunter auch geschlechtsspezifische Gewalt, von welcher insbesondere Frauen und Mädchen betroffen sind. Die Verantwortlichen dieser Verbrechen – auch dem Verbrechen der Aggression – müssen in unabhängigen, unparteiischen und fairen Verfahren vor Gericht gestellt werden.

Die Rechte der Opfer müssen bei den Ermittlungen und der Strafverfolgung im Vordergrund stehen. Zudem müssen diese ihr Recht auf Wahrheit, Gerechtigkeit und Wiedergutmachung in vollem Umfang wahrnehmen können.

Alle nationalen und internationalen Institutionen, welche für die in der Ukraine begangenen Verbrechen zuständig sind – insbesondere die nationalen Behörden in der Ukraine und der Internationale Strafgerichtshof (ICC) – müssen anhand von Massnahmen unverzüglich sicherstellen, dass Beweise gesammelt und gesichert werden, um so die Hauptverantwortlichen in fairen Verfahren zur Rechenschaft zu ziehen. Weiter ist die Ukraine dazu aufzurufen, das Römische Statut des ICC zu ratifizieren und eine

nationale Gesetzgebung zu erlassen, welche eine effiziente Zusammenarbeit mit dem Gerichtshof und anderen internationalen Strafverfolgungsmechanismen ermöglicht.

Wir rufen alle Staaten dazu auf, ihre Anstrengungen im Bereich der internationalen Gerichtsbarkeit zu verstärken, zu koordinieren und folgende Schritte zu unternehmen:

- Zusammenarbeit sowie finanzielle und politische Unterstützung für den Internationalen Strafgerichtshof (ICC) in allen Fällen, in welchen der Gerichtshof angerufen wird – einschliesslich der Ukraine.
- Zusammenarbeit in den Ermittlungen anderer Staaten, inkl. dem Joint Investigation Team von Polen, Litauen und der Ukraine, u.a. durch die Zusammenarbeit mit Eurojust.
- Unterstützung der Einrichtung eines hybriden Tribunals innerhalb des ukrainischen Justizsystems; für alle Konfliktparteien und alle völkerrechtlichen Verbrechen – einschliesslich das der Aggression–, um die Kapazitäten des ukrainischen Rechtssystems zu erhöhen und den ICC zu entlasten.
- Die Einleitung von nationalen Untersuchungen der Lage in der Ukraine sowie die Schaffung der dafür notwendigen Strukturen und Ressourcen, damit die Verbrechen von allen Konfliktparteien untersucht werden können.

Schutz und Hilfe für bedrohte Menschen

Bisher sind rund sechs Millionen Menschen aus der Ukraine geflohen und weitere acht Millionen Menschen sind im Land selbst auf der Flucht. Das UNO-Flüchtlingshilfswerk UNHCR rechnet im laufenden Jahr mit 8.3 Millionen Menschen, die aus der Ukraine fliehen werden. Die Solidarität der europäischen Länder bei der Aufnahme der Schutzsuchenden aus der Ukraine ist vorbildlich und bleibt der wichtigste Schutz für die bedrohten Menschen.

Wir rufen die Staaten auf, sich weiterhin solidarisch zu zeigen und sich auf eine anhaltende Krise vorzubereiten:

- Die Entscheidung der Europäischen Union und weiterer Staaten, Flüchtlingen aus der Ukraine sofortigen Schutz zu bieten, muss aufrechterhalten werden, solange der bewaffnete Konflikt andauert.
- Schutz und Hilfe müssen allen aus der Ukraine fliehenden Menschen ohne jegliche Diskriminierung gewährt werden, unabhängig davon, ob sie die Länder auf legalem oder irregulärem Weg erreichen.
- In Anbetracht des Risikos von sexueller Ausbeutung, sexualisierter Gewalt und anderen geschlechtsspezifischen Gefahren, muss ein spezielles Augenmerk auf die Schutzbedürfnisse von Frauen, insbesondere jene, die von intersektionaler Diskriminierung betroffen sind, gerichtet werden.
- Angesichts der Menschenrechtsverletzungen in Russland und Belarus und der Verfolgung von Journalist*innen, Oppositionellen und Menschenrechtsverteidiger*innen muss die internationale Gemeinschaft dafür sorgen, dass verfolgte Personen aus diesen beiden Ländern Schutz finden. Die Staaten müssen den bedrohten Menschen schnell und unbürokratisch eine sichere Ausreise ermöglichen, gefährdeten Personen und ihre Familien humanitäre Visa erteilen und von Ausschaffungen nach Russland und Belarus absehen.

Mehr Mittel für humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit bereitstellen

Für die Förderung der menschlichen Sicherheit in der Ukraine und weltweit sind zusätzliche Investitionen in die humanitäre Hilfe und die langfristige Entwicklungszusammenarbeit dringend nötig. Wir fordern den Bundesrat dazu auf, die Ukraine-Konferenz zu nutzen, um zusätzliche Gelder für die humanitäre Hilfe und den Wiederaufbau der Ukraine bereitzustellen und zu mobilisieren.

Wir rufen alle Staaten dazu auf,

- die dringend benötigten Gelder zur Bekämpfung der globalen Ernährungskrise, die über das World Food Programme, andere UN-Organisationen oder das IKRK eingesetzt werden können, bereitzustellen. Zentral dabei ist die Unterstützung der Ärmsten und Bedürftigsten, ohne lokale Märkte und Produzent*innen zu gefährden.
- dem vereinbarten UNO-Ziel, mindestens 0.7% des Bruttonationaleinkommens für die Internationale Zusammenarbeit einzusetzen, endlich gerecht zu werden.

Wirtschaftliche Sanktionen gegen Russland umsetzen und ausweiten

Um Putins Kriegskasse nicht weiterhin zu alimentieren, sind die internationalen Wirtschaftssanktionen gegen Russland konsequent umzusetzen und die entsprechenden Vermögen von sanktionierten Individuen und Entitäten einzufrieren. Diese Sanktionen sind international zu koordinieren und auf den Import und Handel von Öl und Gas auszuweiten. Ebenso ist sicherzustellen, dass die Händler*innen ihrer Verantwortung nachkommen und eine angemessene Sorgfaltsprüfung durchführen.

Wir rufen die Staaten auf folgende Massnahmen umzusetzen:

- Einführung einer gesetzlichen Grundlage, welche thematische Sanktionen (smart sanctions) gezielt gegen Personen, Organisationen oder Einrichtungen vorsieht.
- Beitritt zur REPO Task Force von EU und G7 Staaten und Bereitstellung der entsprechenden Ressourcen, um die Vermögenswerte von sanktionierten Personen aufzuspüren.
- Ausweitung der Sanktionen auf den Import und Handel von Öl- und Gas.
- Umfassende Regulierung des Rohstoffsektors durch Aufsichtsbehörden. Diese würden gewährleisten, dass die gehandelten Rohstoffe nicht aus Konfliktgebieten stammen, gegen welche internationale Sanktionen verhängt wurden.
- Schaffung eines globalen, öffentlichen Registers für die wahren Besitzer*innen («wirtschaftlich Berechtigte») von Firmen, damit die Behörden und die Öffentlichkeit die Vermögensstrukturen sanktionierter russischer Oligarchen nachvollziehen können, und die Sperrung dieser Vermögen nicht nur de jure erfolgt, sondern auch Zugriff auf die Daten vorliegt, welche diese Sperrungen de facto ermöglichen.

Unterstützung für die Bekämpfung der Kriegsfolgen auch im Globalen Süden

Die finanziellen Ressourcen für Friedenspolitik, Menschenrechtsarbeit und Entwicklungszusammenarbeit müssen erhöht werden, denn der Krieg in der Ukraine hat weltweit dramatische Folgen. In den Ländern des Südens – deren Gesellschaften und

Volkswirtschaften schon durch die Corona-Pandemie massiv geschwächt wurden – drohen Hungersnöte und Wirtschaftskrisen.

Die Staaten müssen im Rahmen der entsprechenden internationalen Institutionen mit Schuldenschnitten sowie der Bekämpfung von privater Steuerhinterziehung und Steuervermeidung multinationaler Konzerne dafür sorgen, dass die wirtschaftlich strukturschwachen Länder mit niedrigem oder mittlerem Einkommen des globalen Südens mehr öffentliche Ressourcen mobilisieren können. Sie sind für diese Staaten unverzichtbar, damit sie die exorbitant teureren Lebensmittel für ihre Bevölkerungen durch staatliche Einkäufe wieder aktiv verbilligen können und Wirtschaftskrisen, die durch die Störung globaler Lieferketten ausgelöst werden, mit öffentlichen Investitionen in die eigene Volkswirtschaft mildern können.